



Presseschau vom 09.12.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden 12-mal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk**, **Frunse**, **Logwinowo**, **Kalinowka**, **Molodjoshnoje**, **Dologoje**, **Prischib**, **Losowoje** und **Nowoalexandrowka**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 29-mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **16 Ortschaften** der Republik mit Mörsern verschiedenen Kalibers, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Während des Beschusses von **Golmowskij** durch die ukrainischen Streitkräfte wurden folgende Häuser beschädigt:

Bolnitschnaja-Straße 27 – Splitterschäden an der Verglasung eines Wohnhauses;

Sagorodnaja-Straße 12 – Splitterschäden an der Verglasung eines Wohnhauses;

Stepan-Babij-Straße 31 – Schäden an der Verglasung;

Straße der Sowjetarmee 77 – Schäden an der Verglasung.

de.sputniknews.com: Überraschung zu Jubiläum von INF-Vertrag? Trump bewilligt neue Russland-Sanktionen.

US-Präsident Donald Trump hat wegen angeblicher Verstöße gegen den INF-Abrüstungsvertrag neue Sanktionen gegen Russland bewilligt, wie die Zeitung „Politico“ unter Berufung auf einen hochrangigen Vertreter der amerikanischen Administration berichtet.

Das US-Handelsministerium erwägt demnach Sanktionen gegen russische Unternehmen, die sich mit der Entwicklung von neuen Raketentechnologien beschäftigen. Ziel der neuen Einschränkungen sei es, „Wirtschaftspläne der russischen Regierung zu ändern“. Zuvor hatte das US-Außenministerium erklärt, dass Russland angeblich den Vertrag verletzt habe und dazu nicht Stellung nehmen wolle.

In letzter Zeit gab es immer wieder Vorwürfe seitens Washingtons, Russland würde gegen den INF-Vertrag verstoßen. 2008 soll ein angeblich vertragswidriger Test mit einer russischen Langstreckenrakete erfolgt sein. Einem weiteren Vorwurf vonseiten der USA zufolge hat das russische Militär angeblich in Wolgograd und anderen Regionen Raketenstationen stationiert, die Kontinentaleuropa gefährden. Russland wirft wiederum den USA vor, für das Raketenabwehrsystem in Polen und Rumänien Startgeräte für schiffsgestützte Marschflugkörper zu verwenden, was der INF-Vertrag verbietet.

Am 8. Dezember 1987 war der INF-Vertrag zwischen der Sowjetunion und den USA unterzeichnet worden. Er hatte die beiderseitige Vernichtung sowie den Produktionsstopp von nuklearen Mittelstreckenraketen zum Ziel.

Drei Jahre später erfüllten beide Seiten die Forderungen des INF-Vertrags. Moskau vernichtete insgesamt 1846 Raketenkomplexe, insbesondere mobile Startanlagen für Raketen mit Mehrfach-Sprengköpfen, stationäre Raketen R-12 und R-14, Marschflugkörper RK-55 sowie operativ-taktische Komplexe Temp-S und Oka. Die Amerikaner vernichteten im Gegenzug 846 Raketenkomplexe mit Raketen Pershing-2, Marschflugkörpern Tomahawk und operativ-taktischen Raketen Pershing-1A.

In Russland werden manchmal die Bedingungen des INF-Vertrags kritisiert, weil die Sowjetunion fast dreimal so viele Raketen und mehr als die dreifache Menge an Sprengköpfen entsorgen musste. Zudem verfügen aktuell vier Länder mit Atomwaffen über Kurz- und Mittelstreckenraketen, die Russland nicht mehr besitzt.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31856/31/318563166.jpg>

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit, dass die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in den letzten 24 Stunden 29 betrug.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie des „Schulwaffenstillstands“ mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse, Anm. d. Übers.).

Durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte auf Golmowskij wurde die Verglasung von vier Häusern beschädigt.

Außerdem haben die ukrainischen Streitkräfte die **Donezker Filterstation mit Phosphormunition beschossen.**

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 881. In den vorangegangenen 24 Stunden waren es 811.

de.sputniknews.com: Neue Konfrontationsspirale in Kiew: Saakaschwili tritt in U-Haft in Hungerstreik.

Der Ex-Präsident Georgiens und Ex-Gouverneur des ukrainischen Gebiets Odessa, Michail Saakaschwili, der am Freitag in Kiew erneut festgenommen worden war, ist in der U-Haft in den Hungerstreik getreten. Das hat sein Anwalt Ruslan Tschornoluzki am Samstag mitgeteilt. „Er tritt in den Hungerstreik, er wird auch auf Zwangsernährung verzichten. Falls die Sicherheitsmaßregel gewählt wird, und zwar 60 Tage Haft, wird er seinen Hungerstreik hart fortsetzen“, sagte Tschornoluzki vor der U-Haft Saakaschwilis. Der Auftritt des Anwaltes wurde von den ukrainischen TV-Sendern übertragen.

Auf seiner Facebook-Seite veröffentlichte Tschornoluzki außerdem einen Brief von Saakaschwili, in dem Georgiens Ex-Präsident schrieb, dass man ihn wegen „Lügendvorwürfen“ festgenommen habe, um das ukrainische Volk einzuschüchtern. Saakaschwili rief seine Anhänger auf, den Vorwürfen gegen ihn nicht zu glauben. Das Mitglied der von Saakaschwili gegründeten Partei „Bewegung neuer Kräfte“, Dawid Sakwarelidse, hat gegenüber Journalisten mitgeteilt, die Anhänger des georgischen Ex-Präsidenten würden vor der U-Haft Zelte aufbauen. Ein Zeltlager von Saakaschwilis Anhängern befindet sich schon mitten in Kiew, vor dem Haus der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament).

Am Freitag hatte der ukrainische Generalstaatsanwalt Juri Luzenko auf seiner Facebook-Seite über die Festnahme von Saakaschwili berichtet. Die Generalstaatsanwaltschaft und der Inlandsgeheimdienst SBU verdächtigen den Politiker der Zusammenarbeit mit einer kriminellen Gruppierung.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31861/92/318619291.jpg>

Lug-info.com: „Die Erklärung der Behörden der sogenannten militärisch-zivilen Administration (des „Lugansker Oblast“) bezüglich der angeblichen zeitweisen Öffnung des Kontroll- und Passierpunkts „Solotoje“ während der Durchführung von Arbeiten an der Brücke bei Staniza Luganskaja ist eine weitere Provokation Kiews“, teilte die Vertreterin der LVR in der humanitären Untergruppe der Minsker Kontaktgruppe Olga Kobzewa mit. „Auf der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe zu humanitären Fragen am 5. Dezember hat die ukrainische Seite in Person eines Experten tatsächlich einen solchen Vorschlag eingebracht, aber die LVR hat ihn für völlig unannehmbar gehalten und ein weiteres Mal die Bedingungen genannt, unter den der KPP „Solotoje“ zu arbeiten beginnen kann“, berichtete sie.

„Ich erkläre offiziell, dass auf der Sitzung der Arbeitsgruppe keinerlei Beschlüsse bezüglich der Öffnung des KPP „Solotoje“ gefasst wurden und der Koordinator der OSZE die entsprechende Information allen Mitgliedern der Kontaktgruppe vorgetragen hat“, unterstrich die Vertreterin der LVR.

„In diesem Zusammenhang bleibt es unverständlich, auf welche Entscheidungen sich die sogenannte militärisch-zivile Administration des „Lugansker Oblast“ in ihrer Erklärung bezieht“, fügte Kobzewa hinzu.

Lug-info.com: Der bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Verhandlungen in Minsk, der Außenminister der LVR Wladislaw Dejnego hat den Vertretern der OSZE-Mission in der Kontaktgruppe eine Mitteilung geschickt, mit der Bitte keine weitere Provokation Kiews in Solotoje zuzulassen.

Die Mitteilung ist an den Koordinator der Minsker Kontaktgruppe Martin Sajdik, den Koordinator der Untergruppe zur Sicherheit, den Leiter der OSZE-Mission in der Ukraine Ertugrul Apakan und den Koordinator der humanitären Untergruppe Toni Frisch gerichtet. „Sehr geehrte Herren! Ich muss Sie über weitere Absichten provokativer Handlungen der ukrainischen Behörden informieren, die auf die Destabilisierung der Lage und ein endgültiges Untergraben des Vertrauens zu den Vertretern der Ukraine in der Frage der Öffnung des Passierpunkts an der Abgrenzungslinie in der Nähe von Solotoje gerichtet sind“, heißt es in der Mitteilung.

„In einer Erklärung der ukrainischen Seite wird die Verantwortung für diese und vorherige Provokationen auf der Straße Perwomajsk – Solotoje auf die Kontaktgruppe übertragen, die angeblich die Entscheidung getroffen hat, einen Passierpunkt für die Menschen über die Abgrenzungslinie an diesem nicht dafür vorbereiteten Ort zu öffnen; darunter auch für die Vorfälle am 31. März 2016, als von der ukrainischen Seite Menschen auf die verminte Straße gejagt und sie realer Gefahr ausgesetzt wurden, sowie auch für den 20. Oktober dieses Jahres, als die Kontaktgruppe auf der Sitzung vorher ausdrücklich die Unzulässigkeit einseitiger Aktivitäten festhielt, aber in der Praxis die Provokation der ukrainischen Seite zu einem Scheitern der Maßnahmen zur Vorbereitung einer entsprechenden Infrastruktur auf der Seite der LVR führte“, unterstrich Dejnego.

„Wenn man das praktisch vollständige Fehlen von Vertrauen zu den ukrainischen Behörden berücksichtigt, bitte ich nachdrücklich darum, wirksame Maßnahmen, sowohl im Rahmen der Kompetenzen der Kontaktgruppe als auch über die OSZE-Mission, zu unternehmen, um eine weitere von den Behörden der Ukraine geplante Provokation zu verhindern“, erklärte er.

„Außerdem bitte ich zur Kenntnis zu nehmen, dass die Lugansker Volksrepublik entsprechende Maßnahmen treffen wird und die gesamte Verantwortung für mögliche Folgen bei der ukrainischen Regierung liegt, die mit ihren Handlungen systematisch eine vollständige Verhandlungsunfähigkeit und das Fehlen der Absicht, die von der Minsker Kontaktgruppe getroffenen Entscheidungen durchzuführen, beweist“, unterstrich der Außenminister der Republik.

Nachmittags:

Dnr-online.ru: Am 8. Dezember, zum 100. Jahrestag der Gründung der Gesamtrussischen außerordentlichen Kommission zur Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage, fand im Staatssicherheitsministerium der DVR die zweite internationale wissenschaftlich-praktische Konferenz „Die Tätigkeit der Organe der Staatssicherheit 1917-2017: Geschichte und Entwicklungsperspektiven“ statt. Organisatoren des Treffens sind das MfS der DVR und die Spezialfakultät zur Ausbildung von juristischen Kadern für die Organe der Staatssicherheit der Donezker Nationaluniversität.

Wir der Pressedienst des Ministeriums mitteilte, beteiligten sich an der Arbeit der

wissenschaftlich-praktischen Konferenz Leiter von Fachministerien der DVR, Vertreter von Hochschulen und Abgeordnete des Volkssowjets der DVR. Außerdem waren zu der Konferenz bekannte Wissenschaftler und Politiker aus der DVR und der LVR, gesellschaftliche Aktivisten und Gäste aus Russland eingeladen.

Hauptziel der Veranstaltung war die Erörterung von Arten und Methoden der wissenschaftlichen Arbeit als notwendige Aktivität einer Bildungseinrichtung, die Einschätzung der entstandenen Situation an Beispielen der praktischen Arbeit der Staatsorgane, die Erarbeitung von praktischen Empfehlungen und Vorschlägen zur Vervollkommnung der geltenden Gesetzgebung in den Bereichen der Bildung und des Rechtsschutzes. Im Ergebnis der Arbeit der Konferenz wurde eine Resolution angenommen.

de.sputniknews.com: Wie oft hat der Westen Serbien belogen?

Das Tribunal in Den Haag sollte ursprünglich den Balkan versöhnen und Gerechtigkeit zwischen die Völker des ehemaligen Jugoslawiens bringen. Der Sputnik-Kolumnist und ehemalige Präsident Montenegros Momir Bulatović zeigt auf, welche Rolle die Lügen westlicher Politiker beim Scheitern dieses Ziels gespielt haben.

Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) ist laut Momir Bulatović, dem ersten demokratisch gewählten Staatspräsidenten Montenegros und von 1998 bis 2000 Ministerpräsident der sogenannten Bundesrepublik Jugoslawien, von Anfang an eine „schreckliche Affäre“ gewesen.

Die sogenannte „Internationale Gemeinschaft“ habe sich zwar den Frieden auf die Flagge geschrieben, jedoch ihre Politik auf „Lügen und gut durchdachter Trickserei“ aufgebaut. Diese Lügen waren laut dem montenegrinischen Ex-Präsidenten systematisch und wurden immer wieder angewendet.

So hat der ehemalige bosnisch-serbische General und von 1992 bis 1996 Oberbefehlshaber der Vojska Republike Srpske, Ratko Mladić, mehrmals von den USA und Frankreich angebliche Garantien für seine Sicherheit bekommen.

Beispielsweise wurde ihm angeboten, die französischen Piloten freizulassen, die nach dem Abschuss eines französischen Mirage 2000-Kampfflugzeuges über serbischen Positionen gefangengenommen wurden. Als Gegenleistung wurde ihm garantiert, nicht unter ein internationales Tribunal gestellt zu werden.

Als Chef-Unterhändler traf hierfür extra der Generalstabschef der französischen Armee in der Region ein, um dieses Angebot zu unterbreiten. Das Ergebnis ist bekannt: Die französischen Piloten kamen wohlbehalten zurück – Mladić wurde dagegen am 22. November 2017 zu lebenslanger Haft verurteilt.

Dem ehemaligen Präsidenten der serbischen Teilrepublik von Bosnien und Herzegowina Radovan Karadžić hat der amerikanische Sondergesandte Richard Holbrook in Anwesenheit zahlreicher Zeugen, unter denen auch Momir Bulatović war, versichert, Karadžić werde nicht vor Gericht kommen, wenn er sein Amt niederlegen und den Friedensverhandlungen der jugoslawischen Delegation in Dayton zustimmen würde.

Trotzdem wurde Karadžić später zu 40 Jahren Haft verurteilt, darunter für das Massaker von Srebrenica.

Und auch Slobodan Milošević, der ehemalige Präsident Jugoslawiens, wurde vom Westen mehrmals hintergangen.

So bat der damalige französische Präsident François Mitterrand seinen serbischen Amtskollegen Milošević um die Zustimmung dafür, dass die „Arbitration Commission of the Peace Conference on Yugoslavia“ von Mitterrands Freund und Ex-Verfassungsrichter Robert Badinter geführt wird.

Die Kommission werde keine Beschlüsse entgegen den serbischen Interessen treffen, so das Versprechen des französischen Präsidenten.

Am Ende war es gerade die Badinter-Kommission, die die „Auflösung“ Jugoslawiens

proklamierte und auch den Weg für „absurde Interpretationen“ des Völkerrechts freimachte: Die Unverletzlichkeit der Grenzen gelte im Falle Jugoslawiens nicht für den Gesamtstaat, sondern für die Teilrepubliken innerhalb der Föderation. Damit war die Auflösung Jugoslawiens aus der Sicht der Kommission völkerrechtlich legitimiert.

Doch auch Wiktor Tschernomyrdin, Sondergesandter des damaligen russischen Präsidenten Boris Jelzin, dessen Rolle heute in Russland auf das Heftigste umstritten ist, hingerging nach Meinung von Bulatović serbische Politiker.

Zusammen mit dem ehemaligen Präsidenten Finnlands Martti Ahtisaari stellte Tschernomyrdin das Ultimatum an Milošević, alle jugoslawischen Truppen aus den besetzten Gebieten im Zusammenhang mit der Einstellung der Nato-Bombardierungen abzuziehen. Nach dramatischen Verhandlungen stimmte Milošević dem widerwillig zu und erklärte seine Entscheidung mit der historischen Freundschaft Serbiens zu Russland.

„Gegen die Nato können wir kämpfen – und sie werden uns nicht besiegen. Aber wenn wir nicht dem Angebot des russischen Präsidenten zustimmen, werden wir ihm einen Vorwand geben, gegen uns zu sein. Und gegen Russland, selbst wenn wir glauben, dass es Unrecht hat, können wir einfach nicht sein.“

In der Tat hat Tschernomyrdins Vorgehen wohl kaum den serbischen Interessen entsprochen. Ursprünglich wurde er von Jelzin damit beauftragt, eine möglichst gute Position für Belgrad auszuhandeln. Doch in der Realität näherte sich Tschernomyrdins Position immer weiter der Position des Westens an und unterschied sich von ihr am Ende kaum.

Verwunderlich ist dies dennoch nicht: Der US-Präsident Bill Clinton hat persönlich den schwachen Präsidenten Jelzin dazu gedrängt, Tschernomyrdin als seinen Sondergesandten zu ernennen – und damit wohl das russische Verhandlungsteam mit einer westlichen Stimme zu besetzen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31862/24/318622458.jpg>

Dnr-online.ru: 55 Kinder aus dem frontnahen Sajzewo besuchten heute eine Vorstellung im Donezker Zirkus „Kosmos“. Die Veranstaltung wurde von der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ und dem Verteidigungsministerium der DVR organisiert.

„Das Verteidigungsministerium hat eine Patenschaft über diese Ortschaft. Wir haben Geschenke zum neuen Jahr, Schreibsachen, Schulbücher, Lebensmittel gebracht. Jetzt hilft uns die gesellschaftliche Bewegung „Donezkaja Respublika“ dabei. Wir kämpfen für die Kinder, nicht für uns. Wir zeichnen uns gegenüber der Ukraine dadurch aus, dass wir an die Kinder denken und alles tun, damit ihre Kindheit ihnen im Gedächtnis bleibt“, sagte der stellvertretende Kommandeur der Streitkräfte der DVR Oberst Eduard Basurin.

Nach den Worten der Leiterin der Verwaltung von Sajzewo Irina Dikun sind die Kinder sehr

zufrieden, dass sie eine Zirkusvorstellung besuchen und sich wenigstens für eine Zeit von den täglichen Beschüssen ablenken lassen konnten.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko:

Die **Situation** im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **hat eine Tendenz zur Verschärfung**, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen das **Regime der Feuereinstellung 12-mal verletzt**.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Frunse, Logwinowo, Molodjoshnoje, Dolgoje, Kalinowka, Prischib, Losowoje, Nowoalexandrowka und Perwomajsk**. Dabei haben die ukrainischen Streitkräfte 120- und 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 120 Geschosse abgefeuert.

ukrinform.ua: Berater des „Normandie-Quartetts“ besprechen Austausch von Gefangenen. Heute, am 9. Dezember, besprechen in Minsk die Berater der Staatschefs des „Normandie-Quartetts“ die Listen für den Austausch von Gefangenen zwischen Kiew und dem Donbass, erklärte der Sprecher des weißrussischen Außenministeriums Dmitri Mirontschik, wie die weißrussische Nachrichtenagentur Belta mitteilte.

„Das Treffen der Berater der Präsidenten der Länder des Normandie-Quartetts findet heute in Minsk statt“, heißt es in dem Bericht.

Wie Mirontschik bekanntgegeben hat, wird das Treffen hinter verschlossenen Türen und unter Ausschluss der Presse Türen stattfinden.

Eines der Hauptthemen der Diskussion wird der Austausch von Gefangenen zwischen Kiew und dem Donbass sein.

Lug-info.com: Erklärung des Außenministers der LVR zur Situation um den Kontroll- und Passierpunkt „Solotoje“:

Als eine weitere zweizügige Schachaufgabe erwies sich die Behauptung von Vertretern der Ukraine in der Kontaktgruppe, dass sie bereit seien, den Fußgängerpassierpunkt bei Staniza Luganskaja für die Zeit der Reparaturarbeiten zu schließen. Die Ukraine argumentierte mit guten Absichten zur Gewährleistung der Rechte der Bürger auf freie Bewegung und mit einem Verständnis für die Schwierigkeiten des Übergangs über die zerstörte Brücke für eine einseitige Testöffnung des KPP „Solotoje“ und dafür, die einen Fluss von Menschen „frei strömen“ zu lassen.

Am 5. Dezember haben die ukrainischen Vertreter auf der Sitzung der Kontaktgruppe ihre Bereitschaft erklärt, die LVR nicht bei der Durchführung der Reparaturarbeiten mit Unterstützung der IKRK zu behindern und die Funktion des Passierpunkts in Staniza Luganskaja einzustellen, ohne dabei weitere Bedingungen bezüglich der Öffnung alternativer Wege für diese Zeit zu stellen.

Aber in einer Mitteilung des Pressedienstes der Lugansker Oblastverwaltung wird deutlich eine Ursache-Wirkung-Verbindung dieser beiden Ereignisse genannt - „für die Zeit der Reparaturarbeiten auf dem Brückenübergang in der Nähe des KPP „Staniza Luganskaja“ vom 9.-10. Dezember wurde von der ukrainischen Seite zur Gewährleistung des Rechts der Bürger auf freie Bewegung die Entscheidung getroffen, von unserer Seite den KPP „Solotoje zu öffnen“.

Für alle ist offensichtlich, dass dieses Zusammentreffen von Umständen nichts anderes ist als eine vorsätzliche Provokation und ein weiterer Versuch, unsere Republik als „böswillige Verletzterin von Bürgerrechten und Freiheiten der Bevölkerung des Donbass“ darzustellen.

Die Frage der Öffnung von Solotoje wird seit mehr als anderthalb Jahren erörtert. Die Vertreter der LVR haben mehrfach in mündlicher und schriftlicher Form sowie über die Massenmedien deutlich gezeigt, dass es auf freiem Feld unmöglich ist, einen Verkehr von Menschen über die Abgrenzungslinie zu organisieren. Es muss eine Infrastruktur geschaffen werden, die die technische Möglichkeit und die Sicherheit des Verkehrs gewährleistet. Trotz all dem hat die Ukraine dreimal demonstrativ „das Band durchschnitten“, den Beginn der Arbeit erklärt und Menschen auf nicht vorbereitetes Territorium gelassen, obwohl sie sehr gut den Grad des Risikos für ihr Leben und ihre Gesundheit kannten.

Die heutige Entscheidung, wieder dieselbe „Harke“ zu nehmen und wieder einseitig Solotoje zu öffnen, bestätigt die Überzeugung, dass die treibende Kraft der Beamten nicht die Sicherung einer realen Funktion des Passierpunkts und die Möglichkeit die humanitäre Blockade zu reduzieren ist, sondern, die kleinste Chance und jede Vereinbarung in Minsk zur Schaffung von Provokationen und zur Beschuldigung der Republiken an allen Todsünden zu nutzen.

Die Führung der LVR hat bereits die OSZE und die dreiseitige Kontaktgruppe über die entstandene Situation und mögliche Folgen dieser Handlungen von ukrainischer Seite informiert und aufgerufen, unverzügliche Maßnahmen zu ergreifen und die Gewährleistung der Sicherheit für das Leben und die Tätigkeit der Menschen, die durch die Beamten der Ukraine und die Massenmedien getäuscht wurden, zu unterstützen.

de.sputniknews.com: Moskau wird „Okkupationsregime“ im Donbass nicht zulassen – Sicherheitspolitiker

Russland wird laut dem russischen Senator Alexej Puschkow nicht zulassen, ein „Okkupationsregime“ im Donbass einzuführen. So kommentierte er am Samstag das jüngste Treffen zwischen dem russischen Außenminister Sergej Lawrow und dessen ukrainischen Amtskollegen Pawel Klimkin.

„Klimkin will auf uns mit Hilfe der ‚Freunde und Partner‘ wegen dem Donbass Druck ausüben. Druck oder kein Druck, aber Russland wird nicht zulassen, ein Okkupationsregime dort einzuführen“, schrieb Puschkow auf seinem Twitter-Account.

Am 7. Dezember trafen sich der russische Außenminister Sergej Lawrow und sein ukrainischer Amtskollege Pawel Klimkin am Rande des OSZE-Ministerrates in Wien. Klimkin bezeichnete das Treffen, das auf Kiews Initiative stattfand, als „einzigartig“ und sagte, er habe mit Lawrow den Gefangenaustausch im Donbass sowie die Einrichtung einer UN-Friedensmission in der Konflikt-Region besprochen.

Lawrow sagte seinerseits gegenüber Journalisten, Moskau sei über Kiews Versuche besorgt, die Erörterung des russischen Resolutionsentwurfes über eine UN-Friedensmission zu verschleppen. Die Ukraine schlage Ideen vor, die faktisch die Einführung einer Besatzungsadministration im Donbass bedeuten würden, um den Maßnahmenkomplex, der vom UN-Sicherheitsrat einstimmig gebilligt worden sei, zu untergraben und das Problem mit Gewalt zu lösen, so Lawrow.

Im Osten der Ukraine schwelt seit mehr als drei Jahren ein militärischer Konflikt, der bereits mehr als 10.000 Menschenleben gefordert hat. Die ukrainische Regierung hatte im April 2014 Truppen in die östlichen Kohlefördergebiete Donezk und Lugansk geschickt, nachdem diese den nationalistischen Putsch in Kiew nicht anerkannt und unabhängige „Volksrepubliken“ ausgerufen hatten. Formell gilt in der Region seit September 2015 eine Waffenruhe.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31774/86/317748622.jpg>

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

Die Lage in der DVR hat sich verschärft.

Gestern haben ukrainische Soldaten das Gebiet der **Donezker Filterstation mit Phosphorgeschossen beschossen** und damit ein kritisch wichtiges Objekt, das einen Teil der DVR und des von den ukrainischen Streitkräften besetzten Territoriums mit Wasser versorgt, in Gefahr gebracht. Diese Verbrechen der ukrainischen Regierung müssen eine entschiedene Verurteilung der Ukraine durch die gesamte Weltgemeinschaft hervorrufen, um eine ökologische und humanitäre Katastrophe im gesamten Donbass zu verhindern.

Außerdem hat der Gegner in **Richtung Donezk** auf die Gebiete von **zehn Ortschaften** 170 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm abgefeuert, darüber hinaus hat der Gegner mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Einheiten der ukrainischen Streitkräfte auf die Gebiete der Ortschaften **Leninskoje** und **Kominternowo** 32 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm abgefeuert sowie mit Schützenpanzern, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In **Richtung Gorlowka** hat der Gegner auf die Gebiete von **vier Ortschaften** 31 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm abgefeuert sowie verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen eingesetzt.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **29 Verletzungen der Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

In Folge des Beschusses von Golmowskij tagsüber von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus wurden vier Häuser beschädigt. Diese Schäden wurden von den Ermittlungsorganen der Republik und Vertretern der gesellschaftlichen Kommission festgehalten. All diese Materialien werden als Beweise für die Kriegsverbrechen der ukrainischen Regierung im Donbass verwendet werden, auch bei internationalen gerichtlichen Instanzen.

Bei der Verteidigung unserer Republik gegen die Aggression des Feindes wurde auch **ein Soldat der Streitkräfte der DVR tödlich verletzt**.

Die ukrainischen Truppen erleiden weiter aufgrund der unprofessionellen Handlungen ihrer Kommandeure große Verluste.

Gestern hat der Feind einen Versuch unternommen, unsere Positionen einzunehmen, wurde aber zurückgeschlagen und neutralisiert. Durch seine Dummheit erlitt der Gegner Verluste von zwei Toten. Diese Provokation der ukrainischen Streitkräfte geschah im Gebiet von Dolomitnoje.

Im gleichen Gebiet beschoss der Feind aus dem besetzten Metallist (Trawnwoje) heraus Wohngebiete von Golmowskij, unter anderem mit 120mm-Mörsern. In Folge des zielgerichteten Feuers wurden vier Häuser beschädigt. Zur Verteidigung unserer Bürger waren die Einheiten der Streitkräfte der DVR gezwungen, das Feuer mit nicht verbotenen Mitteln zu erwidern, um die Feuerpunkte des Gegners zu unterdrücken. Dabei hatte der Gegner die hohen Verluste, die heute vom Pressezentrum des Stabs der „ATO“ veröffentlicht wurden. Die ungünstige Lage der eingenommenen Positionen, hohe Verluste und der ungerechtfertigte Preis für ihre Haltung sowie humanitäre Probleme, die durch eine grobe Verletzung der Minsker Vereinbarungen hervorgerufen wurden, haben den erlogenen Sieg der ukrainischen Streitkräfte in einer „Gladosower Kessel“ verwandelt. Namentlich diese Bezeichnung setzt sich nun im Bewusstsein der ukrainischen Öffentlichkeit fest.

Von unserer Aufklärung wurde eine breit angelegte **Unterschlagung von Munition in der 28. Brigade der ukrainischen Streitkräfte** festgestellt, um diese ungesetzlich zu verkaufen. Unter anderem ist uns bekannt, dass vom Kommandeur der 28. Brigade O. W. Subowskij und dem Kommandeur des 1. Bataillons Ju. Ju. Krupko ihren Untergebenen die Aufgabe gestellt wurde, nicht erfasste Munition an einen zuvor vorbereiteten Ort zu bringen. Allein in den letzten zwei Wochen wurden vier Lastwagen mit Munition verschiedenen Kalibers – von Schusswaffenmunition bis zur Mörser- und Artilleriemunition - in Richtung Lesnoje gebracht. Das Abschreiben dieser Mittel erfolgte unter unmittelbarer Kontrolle von Offizieren der Gegenaufklärung des Sicherheitsdienstes der Ukraine, die die Brigade betreuen. Diese Personen decken nicht nur den ungesetzlichen Abzug von Munition, sondern gewährleisten auch deren Absatz.

Derzeit finden in der Brigade Inspektionen statt, in deren Verlauf ein großer Fehlbestand an Munition festgestellt wurde. Dabei wurde vom Brigadekommandeur Krupko die Aufgabe gestellt, die Schuld für das Fehlen des Materials auf missliebige Personen zu schieben, sie der Inkompetenz zu beschuldigen und schließlich alles auf das Durcheinander mit der Buchhaltung der Munition in den Jahren 2014-2015 zu schieben.

Im Zusammenhang mit der Aufdeckung des Fehlbestands wurde die Lieferung von Munition in die 28. Brigade zeitweise gestoppt. Dies kann die Angriffspläne der ukrainischen Streitkräfte im Donbass gefährden.

Außerdem wurde aufgrund von Informationen, die wir von Soldaten des 1. mechanisierten Bataillons der 28. mechanisierten Brigade erhalten haben, festgestellt, dass der Bataillonskommandeur Ju. Ju. Krupko den Genuss von Drogen unter seinen Untergebenen legalisiert hat.

Die Beschränkungen betreffen nur den Genuss sogenannter „harter“ Drogen sowie unter Drogeneinfluss den übergeordneten Stab aufzusuchen.

Die Lieferung von Drogen geschieht über die „Neue Post“, in der dem Bataillon nächsten Filiale arbeitet einer der Drogendealer.

Ich erinnere daran, dass dieses Bataillon Positionen gegenüber von Dokutschajewsk einnimmt und am Beschuss von Wohngebieten der Stadt beteiligt war, in deren Folge am 5.-7. Dezember ein Zivilist verletzt wurde und Häuser beschädigt wurden.

Diese Information kann den Ermittlungsorganen von Nutzen sein, um ein Strafverfahren gegen diese Person wegen Anwendung von verbotenen Methoden der Kriegsführung aufzunehmen.

Wir analysieren weiter Propagandamaterialien der ukrainischen Truppen. Wir haben die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, dass unsere Einschätzungen der ukrainischen Propagandisten sich für diese als sehr unangenehm erweisen. Zu ihrem Bedauern dringt die Wahrheit immer zu den Augen durch.

Heute erklären wir, womit das äußerst niedrige Niveau der Propaganda der ukrainischen Truppen zusammenhängt:

Vor allem ist dies das Fehlen von Professionellen unter den Personen, die sich mit diesen

Fragen befassen. Dies ist an der Primitivität der Materialien und dem oberflächlichen Herangehen an ihre Herstellung zu erkennen.

Zweitens ist es das Fehlen von zuverlässigen Informationskanälen. In diesem Zusammenhang muss sich der Gegner alles ausdenken. Dabei lösen Materialien, die mit der Wirklichkeit nichts tun haben, hier vollständige Ablehnung aus.

Drittens, die Einmischung ausländischer Berater, die gewohnt sind, grob mit einem Kontingent zu arbeiten, dass ihnen zuvor niemals angemessenen Widerstand geleistet hat. Dabei ist zu merken, dass die ausländischen Berater über den „Spezialisten“ aus den ukrainischen Streitkräften stehen, weil ihren „Sklassen“ der höheren Rasse nicht einmal zugehört wird.

Viertens, politischen Motive, die dazu zwingen, die eigene Bevölkerung in die Irre zu führen, und das heißt, die Propaganda muss auf einem Lügenkurs gefahren werden. Beispielsweise die vielfache Wiederholung durch die ukrainischen Massenmedien, dass russische Truppen hier sind, verwandelt den Wunsch nicht in die Wirklichkeit. Dabei verliert die Bevölkerung wegen solcher offensichtlichen Lügen das Interesse an jeder Information aus der Ukraine. Möglicherweise wird das dadurch hervorgerufen, dass es den ukrainischen Streitkräften unangenehm ist, ihr Scheitern und ihre Niederlagen durch die Armee der DVR zuzugeben, deshalb ist es notwendig, in ihrem Bewusstsein einen bedrohlicheren Gegner zu zeichnen. Man kann viele Gründe vorbringen, aber das Wichtigste ist, dass die ukrainische Propaganda hier nicht funktioniert, sie ist primitiv ist und keine Argumente hat.

Dies alles wird in der Ukraine gut verstanden, weil man merkt, dass die Region sich immer weiter und weiter von ihr entfernt. Dabei nimmt der sich entfernende Donbass neue Regionen mit sich, die auch an der Richtigkeit des in Kiew gewählten Kurses zweifeln.

Und zu ihrer Rechtfertigung können die ukrainischen „Spezialisten“ mit den Kräften einer vollständigen Degradation nur eine Show veranstalten, in der ihre Unprofessionalität dem Spott preisgegeben wird, wie dies beim Fernsehsender „ICTV“ geschieht.

Dabei wurde nach unserer letzten Kritik an der ukrainischen Propaganda unter einzelnen ihrer Vertreter ein Stadium der äußersten Hysterie und Verwirrung festgestellt. All diese Menschen begannen gleichzeitig, sich in erster Linie gegenüber ihren Auftraggebern zu rechtfertigen, die ihnen Gelder zahlen. Denn warum braucht man Spezialisten, die vollständig nutzlos sind. Aber mir scheint, dass diese Situation nicht durch den Kampf gegen Korruption und Nichtsteuer in der Ukraine in Ordnung gebracht wird, sondern durch den Aufbau eines qualitativ neuen Staates auf der Grundlage unserer unabhängigen Republiken – der DVR und der LVR.

de.sputniknews.com: „Schwarzes Loch“: Chinas Außenminister zu Korea-Krise
Trotz der komplizierten Lage auf der Koreanischen Halbinsel hat der chinesische Außenminister Wang Yi jeglichen militärischen Angriff zur Krisenregelung entschieden abgelehnt. Dies meldete die Nachrichtenagentur Xinhua am Samstag.

„Die Situation auf der (Koreanischen) Halbinsel bleibt nach wie vor äußerst kompliziert, sie entwickelt sich tatsächlich nach dem Szenario eines Teufelskreises, und die Aussichten sind keinesfalls optimistisch“, betonte Wang Yi bei seinem Auftritt bei dem Forum über die „Internationale Lage und Chinas Diplomatie“ am Samstag.

Die Behandlung der von China vorgeschlagenen „Doppel-Aussetzung“ (Pjöngjang friert sein Atomprogramm als Reaktion auf das Ende gemeinsamer Militärmanöver von Washington und Seoul ein) solle zum nächsten Schritt bei der Lösung der Krise auf der Koreanischen Halbinsel werden, betonte Wang. Diese Initiative werde „zumindest einen Ausweg aus dem ‚schwarzen Loch‘ der Konfrontation und eine für den Dialog und für die Verhandlungen notwendige Atmosphäre ermöglichen“, so der chinesische Außenminister.

Der Diplomat betonte, dass Peking keine Maßnahmen militärischen Drucks oder militärischen Einflusses bei der Regelung der Situation auf der koreanischen Halbinsel akzeptiere. „Wie

dem auch sei, Frieden und Hoffnung sind noch immer nicht verloren", sagte er abschließend.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31856/25/318562575.jpg>

Lug-info.com: „Die Erklärung der sogenannten „militärisch-zivilen Administration des Lugansker Oblast“ bezüglich Solotoje hat ernste Beunruhigung bei der OSZE hervorgerufen“, merkte der Außenminister der LVR Wladislaw Dejnego an.

„Im Auftrag des stellvertretenden Leiters der OSZE-Mission in der Ukraine Alexander Hug haben Vertreter der Mission in Lugansk sich heute am frühen Morgen an mich gewandt und ihre Beunruhigung über wahrscheinliche Handlungen der ukrainischen Seite zum Ausdruck gebracht. Sie haben versichert, dass sie ein Maximum an Anstrengungen in die Organisation eines effektiven Monitorings an diesem Abschnitt von beiden Seiten der Abgrenzungslinie legen und alles tun werden, was unter diesen Umständen im Rahmen ihres Mandats möglich ist, um die Sicherheit der Zivilbevölkerung zu gewährleisten“, teilte der Außenminister mit. Dejnego merkte an, dass die Beobachter ihn über eine Mitteilung an das Gemeinsame Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung mit einem Aufruf, sich bei der Frage der Gewährleistung der Sicherheit der Bürger aus gehend vom einseitigen Charakter der Handlungen der ukrainischen Seite in Solotoje einzuschalten, informiert haben. „So hat die OSZE ein Verständnis des realen einseitigen Charakters der Handlungen der ukrainischen Seite gezeigt und mittelbar der Erklärungen der Vertreter der Ukraine über eine Erörterung dieser Frage durch die Kontaktgruppe widersprochen“, unterstrich Dejnego. Er merkte an, dass jetzt die gemeinsamen Anstrengungen der offiziellen Organe der LVR, der OSZE und des GZKK auf die Verhinderung von negativen Folgen „der von der ukrainischen Seite ausgehenden weiteren Provokation auf der Straße Perwomajsk – Solotoje“ gerichtet sind.

Abends:

de.sputniknews.com: Wieder ist es im syrischen Luftraum zu einem gefährlichen Vorfall zwischen russischen und amerikanischen Kampffjets gekommen. Eine amerikanische F-22 musste in Iraks Luftraum fliehen. Der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow hat nun erklärt, warum die US-Luftwaffe bewusst solche Zwischenfälle provoziert.

Der Luftraum über Syrien ist voll von Kampffjets verschiedener Nationen. Alle geben an, gegen den „Islamischen Staat“ zu kämpfen, doch die Realität sieht wohl anders aus. Konaschenkow hat erklärt, amerikanische Flugzeuge würden gezielt russische Kampffjets bei

ihren Kampfmissionen gegen Terroristen behindern.

Oft würden Washingtons Jets bewusst russische Luftschläge gegen IS-Stellungen und deren Militärtechnik behindern.

So habe es am 23. November ein „Vorzeigebeispiel“ amerikanischer Störaktionen beim Kampf gegen den Terror gegeben. Eine amerikanische F-22 habe aktiv zwei russische Su-25 dabei behindert, einen Stützpunkt des IS im Vorort der Stadt al-Mayadin zu vernichten.

„Das Flugzeug F-22 hat Hitzefallen (in der Nähe russischer Flugzeuge – Anm.d.Red.) abgeschossen und durch das Ausfahren der Bremsschilde mit permanentem Manövrieren ein Luftgefecht imitiert“, sagte der Vertreter des Verteidigungsministeriums.

Erst nach dem Auftauchen des Luftüberlegenheitsjägers Su-35 habe das US-Flugzeug seine gefährlichen Manöver eingestellt und „sich schleunigst beeilt, in den Luftraum Iraks zu verschwinden“.

Weiterhin betonte Konaschenkow, dass die Anfrage der russischen Militärs an die amerikanische Seite wegen dieser Vorfälle unbeantwortet geblieben sei.

„Und was die verbalen Drohungen gegen russische Flugzeuge angeht, so empfehlen wir bestimmten Vertretern des Zentralkommandos der US-Streitkräfte, ihre Gedankenwege ein wenig zu filtern und sich auf die Vernichtung von IS-Terroristen im Irak zu konzentrieren, anstatt Zwischenfälle in der Luft zu provozieren“, betonte Konaschenkow.

Damit reagiert die russische Verteidigungsbehörde auch auf Anschuldigungen des Pentagon, dessen Vertreter in einem Interview für die New York Times Russland „gefährliche Annäherung“ an amerikanische Flugzeuge vorgeworfen haben.

Damien Pickart, Vertreter des Zentralkommandos der US-Armee, hat sogar erklärt, russische Kampfflugzeuge würden „in unseren Luftraum östlich des Euphrat“ eindringen.

Die Tatsache, dass ein US-Militär einen Teil des syrischen Luftraumes als „unseren Luftraum“ definiert, löste derweil völliges Unverständnis beim russischen Kommando aus.

„Im Gegensatz zu Russlands Luft- und Weltraumkräften agiert die US-geführte Koalition in Syrien rechtswidrig. Die Vertreter des Pentagon sollten sich daran erinnern, dass Syrien ein souveräner Staat und ein Mitglied der Uno ist, sodass es keinen ‚eigenen‘ Luftraum der USA dort gab und auch nicht geben kann“, erklärte Konaschenkow.

Erst in dieser Woche hat Russland die komplette Befreiung Syriens vom IS verkündet. Keine einzige Ortschaft sei nun unter der Kontrolle des Terrorkalifats.

In der Schlussphase habe die russische Luftwaffe dabei eine „beispiellose“ Luftkampagne geführt, bei der täglich mehr als 100 Kampfeinsätze gegen Terroristen geflogen worden seien. Innerhalb von fünf Tagen seien so die letzten Stellungen vernichtet und über 500 Terroristen getötet worden.

Derweil haben die USA bereits versucht, die Erfolge Russlands im Kampf gegen den IS in Syrien zu relativieren und die Vernichtung des „Islamischen Staates“ als ihren eigenen Verdienst zu verkaufen. So hatte der Pentagon-Sprecher Eric Pahon erklärt, die russische Luftwaffe habe nur einen kleinen Anteil zum Sieg beigetragen, während der Großteil der Befreiungsoperation von der US-geführten Koalition durchgeführt worden sei.